

Fährstraße 115 bleibt!

August 2026

Update zum Hausprojekt in Hamburg Wilhelmsburg

Wo kein Wille, da kein Weg

Wir fordern eine Lösung, die bestmöglichen Hochwasserschutz und den Erhalt von Wohnraum ermöglicht

BALD IST DER ABRISPLAN OFFIZIELL

Bald ist die Planung für den letzten Abschnitt des Deichausbaus am Reiherstieg-Hauptdeich nahe der Fährstraße abgeschlossen. Damit rückt die endgültige Entscheidung zum Abriss der Fährstraße 115 näher - denn das Haus in der Nähe des Deiches steht der BUKEA (Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft) angeblich im Weg. Schon vergangenes Jahr wurde uns vorab signalisiert, dass Varianten, die den Erhalt unseres Hauses ermöglichen würden, nicht umsetzbar seien und der Abriss unvermeidbar — eine Behauptung, die wir nach wie vor anfechten.

DAS SICHERHEITSARGUMENT IST VORGESCHOBEN

Wir fordern bestmöglichen Hochwasserschutz. Für alle Bewohner:innen der Elbinsel und auch aus ureigenem Interesse. Denn wie alle Anwohner:innen sind wir auf lückenlosen Schutz angewiesen. Die Stadt und die BUKEA behaupten, nur eine Variante des Hochwasserschutzes (Erddamm) sei möglich — und suggerieren damit, alle anderen seien unsicher. Das ist falsch. Der Hochwasserschutzexperte Peter Fröhle der Technischen Universität Hamburg stellt in einem Zeit Artikel (siehe unten) vom 26.11.2025 klar: Ein anderes Schutzbauwerk, das unser Haus erhalten würde, wäre aufwändiger und weniger flexibel - aber weder unsicherer noch technisch nicht machbar. Das Sicherheitsargument, mit dem der Abriss begründet wird, ist damit nicht haltbar. Es bleibt ein politisches Feigenblatt.

WER PROFITIERT? DIE VERMEINTLICH GÜNSTIGERE LÖSUNG FÜR DIE STADT

Aus Gesprächen mit politischen Vertreter:innen wurde deutlich: Im städtischen Haushalt sind standardmäßig nur Mittel für den Erhalt eines klassischen Erddammes vorgesehen — genau die Variante, die einen Abriss unseres Hauses erforderlich machen würde. Alternative Bauweisen für Deiche erfordern ein Umdenken. Dass ausgerechnet in Wilhelmsburg die - auf den ersten Blick - billigste Lösung gewählt wird, während anderswo in Hamburg aufwändigere Alternativen zum Erhalt von Gebäuden umgesetzt werden, ist kein Zufall. Es ist eine politische Entscheidung — zu Lasten unseres Wohnraums und des Viertels. Ob es sich dabei wirklich um die günstigste Lösung handelt, bleibt fraglich. Denn der Kauf und Abriss unseres Hauses verursachen weitere Kosten. Ebenso wie die geplante Verlegung der Straße mitsamt allen Leitungen. Diese Kosten werden seitens der Behörde in dem Zuge verschwiegen.

ZWEIERLEI MAß BEIM HOCHWASSERSCHUTZ

Nicht zuletzt geht es bei der Frage, welche Lösung wo umgesetzt wird und wessen Häuser, und damit Wohnraum, abgerissen werden oder eben nicht natürlich auch um politischen Einfluss. Bei anderen Gebäuden im gleichen Deichabschnitt wird von der Bauweise eines klassischen Erddammes abgewichen, indem auf den sogenannten Deichschutzstreifen verzichtet wird. Deichschutzstreifen, so nennt man jene Wiese, die sich bei vielen Deichen auf der „Landseite“, quasi „vor dem Deich“ befindet. Bei einigen Häusern unseres Deichabschnittes gilt er den Planenden als verzichtbar, bei unserem Haus ist er angeblich unverzichtbar und wird als Abrissargument genutzt. Diese Ungleichbehandlung macht deutlich: Es geht nicht um den Schutz vor Hochwasser, sondern darum, dass sich der Stadt jetzt die Gelegenheit bietet, das Grundstück zu kaufen - und die Gelegenheit will sie nutzen. Es geht außerdem um den Einfluss der Wirtschaftsbehörde, die auf der „Wasserseite“ - hier beginnt schließlich Hafengebiet! - nicht auf ihre

Flächen verzichten mag und außerdem geht es um formale Eigentumsrechte. Einfach gesagt: die Stadt handelt nach der Maxime „besser haben als brauchen“ – stellt es aber so dar, als sei dieser Schritt alternativlos!

HAMBURG KANN AUCH ANDERS

Nicht nur die mit superlativen überhäufte und vom damaligen Umweltsenator gefeierte Sitzbank am Klütjenfelder Hauptdeich ist ein Beispiel dafür, wie ein Deich nachträglich erhöht werden kann, ohne dass er breiter werden muss. Wer in Hamburg und Umgebung die Elbe und ihre Nebengewässer entlang fährt, findet viele Formen von Hochwasserschutz, die kein klassischer Erddeich sind oder gar kein Erddeich. Am Zollhafen geht der Erddeich in eine Betonmauer über, am Müggenburger Hauptdeich ist der Deich eine Kombination aus Betonsockel und Spundwand und auch wenn der Schlengendeich Deich heißt, ist es eigentlich eine Spundwand die Wilhelmsburg schützt. Der Harburger Binnenhafen wird teilweise durch Betonmauern, die aus dem Erddeich hervorgehen, geschützt. Und auch die aktuelle Variante am Reiherstieg Hauptdeich nahe der Fährstraße 115 ist ein von einer Betonmauer eingefasster Deich. Der Stadtteil Rothenburgsort wird durch eine Betonmauer, und einer Kombination von Betonmauer und Erddeich gesichert (Billwerder Neuer Deich). Und wer weiter an der Elbe lang fährt, findet weitere Beispiele, wo Betonmauern und Spundwände aus dem Deich herausragen und diesen erhöhen.

„WIR MACHEN ES, WEIL WIR ES KÖNNEN“

Das sagte uns ein Mitarbeiter des LSBG (Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer). Selten wird städtische Verfügungsmacht so offen ausgesprochen. Nicht technische Notwendigkeit, nicht Sicherheit — sondern die bloße Tatsache, dass die Stadt das Grundstück haben kann, weil durch unseren kollektiven Hauskauf ein Vorkauf möglich war, ist der eigentliche Grund. Das ist kein nachhaltiger Hochwasserschutz, sondern einfach die scheinbar bequemste und einfachste Lösung für die nun ein Haus weichen muss. Ein Haus, das nach seinem Kauf nicht zu Privatvermögen geworden wäre, sondern zu einem günstigen Mietshaus ohne Vermieter:in. Denn als Teil des Mietshäusersyndikats hätte es immer nur seinen aktuellen Mieter:innen gehört. Getragen durch einen Verein, der dauerhaft günstige Mieten garantiert. Ein Haus, das über die vergangenen Jahre zu einem wichtigen soziokulturellen Raum und Begegnungsort in Wilhelmsburg geworden ist, wäre damit dauerhaft in seiner Existenz abgesichert worden.

FAZIT

Die BUKEA und die Stadt Hamburg sprechen von Alternativlosigkeit — aber Expert:innen widersprechen, andere Stadtteile zeigen, dass es anders geht und ein LSBG-Mitarbeiter verrät das eigentliche Motiv.

Was fehlt, ist nicht die technische Lösung.

Was fehlt, ist der politische Wille.

Wo kein Wille, da kein Weg.

Solidarität mit der Fährstraße 115.

Wohnraum erhalten, Wilhelmsburg nicht abhängen.

Weitere Informationen:

Fährstr. 115 bleibt! – Abriss verhindern! Solidarisches Wohnen verteidigen!

Instagram: @initiative_115_bleibt

115 Bleibt! | Linktree

Für Rückfragen:

die115@gmx.de

Zeit-Artikel:

Hamburg-Wilhelmsburg: Der Deich kommt, ihr Haus geht | DIE ZEIT